

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/26

Bonn, den 7. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
- 2	Brandts schwierige Aufgabe in Washington	67

Auf der Suche nach einer Synthese

Von Günter Markscheffel

2	Gegner der Entspannung	29
---	------------------------	----

Die Rolle Jébrichts in Ostblock

3 - 4	Rationalisierung in den Rathäusern	70
-------	------------------------------------	----

Jagd auf Beante

Von Klaus Rusticus

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLEBBERUNG bringt heute:

Familienzusammenführung im Falle Rumänien  
Jungsozialisten zu den deutsch-rumänischen Beziehungen  
Keine Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen  
Teilung Deutschlands völkerrechtlich nicht anerkennen  
Größenwahn der SED  
Die tapferen Frauen aus Königsberg  
12 Vorstandsmitglieder zur SPD übergetreten  
Wohnungsbau für Spätaussiedler und Flüchtlinge  
Sudetendeutsche Landsmannschaft bei SPD-Präsidium  
REHS neuer Ausschußvorsitzender

+ + +

## Brandts schwierige Aufgabe in Washington

---

Auf der Suche nach einer Synthese

Von Günter Markscheffel

Zum erstenmal seit vielen Jahren hält sich in diesen Tagen ein Außenminister der Bundesrepublik Deutschland in den USA auf, der nicht schon vor seinem Abflug des rückhaltlosen Beifalls der Amerikaner sicher sein konnte, weil er - wie dies so üblich war - in jeder Beziehung seinen amerikanischen Gastgebern nur zu sagen beabsichtigte, was sie gern hören wollten. Außenminister Willy Brandt ist in Washington trotzdem ein gern gesehener Gast. Man kennt ihn als den Regierenden Bürgermeister von Berlin, der die schwersten Situationen der alten deutschen Hauptstadt souverän zu meistern wußte.

In Washington ist bekannt, daß die Bundesrepublik noch vor Ablauf des 30. Juni dieses Jahres die von früheren Bundesregierungen eingegangenen Devisenzahlungsverpflichtungen einhalten wird. Die gegenwärtige Haushaltslage der Bundesrepublik läßt nicht zu, daß weitergehende Verpflichtungen übernommen werden können. Was sich die Amerikaner in dieser Beziehung vorstellen, wird sich aus den Gesprächen ergeben, die der deutsche Außenminister in Washington führen wird; später muß die Bundesregierung darüber beraten.

Brandt will auch erkunden, unter welchen Voraussetzungen die Bundesrepublik einem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zustimmen kann. Hierbei geht es um die Frage, in welcher Weise ein solcher Vertrag die technologische Entwicklung aller jener Staaten beeinträchtigen könnte, die nicht über Atomwaffen verfügen.

In letzter Zeit konnte man in der internationalen Presse gelegentlich lesen, die Bundesrepublik Deutschland sei ein Hemmnis auf dem Weg zum Abschluß eines solchen Vertrages. Das ist nicht korrekt. Die Frage, ob ein Industriestaat mit der technologischen Entwicklung in der Welt Schritt halten kann oder nicht, geht alle Nationen an; besonders aber diejenigen, die keine Atomwaffen haben und infolgedessen auch nicht an der seit Jahren von den Atommächten betriebenen, mit gewaltigen Mitteln ausgestatteten Atomforschung zu militärischen Zwecken beteiligt sind. Die Bundesrepublik Deutschland hat - wie jeder weiß - auf den Besitz, die Herstellung und die nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet. Im Rahmen von EURATOM trägt sie zur Weiterentwicklung der Atomforschung für friedliche Zwecke bei. Hier wird u.a. auch die internationale Kontrolle darüber ausgeübt, ob die Bundesrepublik tatsächlich keine militärischen Atomforschungsversuche unternimmt.

In gleicher oder ähnlicher Lage befinden sich die osteuropäischen Staaten, die dem Warschauer Pakt angehören und ebenfalls keine nationalen Atomwaffen besitzen. Auch sie sind - in diesem Falle gegenüber Moskau - an der Frage interessiert, ob ihre technologische Entwicklung durch einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen gehemmt wird.

Die neutralen Staaten, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören und keine Atomwaffen besitzen, wollen auch wissen, ob ihre Kernforschungsvorhaben zu friedlichen Zwecken bei Abschluß eines internationalen Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen gefördert werden können. Es gibt, so gesehen, eine gemeinsame Interessenslage aller nichtnuklearen Staaten.

Diese nur geäußerte Darstellung des Problems zeigt, daß alle jene

irren, die da glauben, es handele sich hierbei um eine Frage, die speziell uns Deutsche angeht.

Die neue Bundesregierung hat gezeigt, daß sie gewillt ist, den Entspannungsprozeß in Europa durch eigene Beiträge zu fördern. Sie ist entschlossen, diesen Weg weiterzugehen. Sie will aber auch wissen, ob bedeutende internationale Verträge wie ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen in den Rahmen einer Gesamtkonzeption zur Befriedung Europas eingefügt werden können. Die Aussöhnung zwischen Ost und West setzt gewaltige wirtschaftliche und technologische Leistungen aller Staaten Europas voraus. Ob diese Leistungen vollbracht werden können, hängt davon ab, in welcher Weise die europäischen Staaten in der Lage sind, den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt in Einklang mit den Bedürfnissen der europäischen Bevölkerung zu bringen.

Deswegen wird es der deutsche Außenminister bei den Gesprächen in Washington als seine Aufgabe betrachten, eine Synthese zwischen den in dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen zugrundeliegenden Absicht eines Rüstungsstopps der Großmächte mit den legitimen Interessen aller den Vertrag unterzeichnenden Staaten an der Teilnahme des technischen und ökonomischen Fortschritts zu finden.

+ + +

#### Gegner der Entspannung

#### Die Rolle Ulbrichts im Ostblock

sp - Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest hat bei der kommunistischen SED-Führung offensichtlich eine Schockwirkung ausgelöst. Ulbricht versucht nun, eine Entwicklung zu bremsen, die wohl kaum noch aufzuhalten ist. Das Erscheinungsbild der Bundesrepublik in manchen Ostblockstaaten ist im Wandel begriffen. Eine viele Jahre lang betriebene wirklichkeitsfremde Propaganda verliert an Wirkung und weicht einer objektiveren Betrachtungsweise. Die letzte sowjetische Deutschlandnote trägt zwar stellenweise die Handschrift von SED-Scherfmachern, doch enthält sie auch Hinweise, die Aufmerksamkeit verdienen. Selbst der polnische Außenminister Rapacki verlangte während seines Pariser-Besuches als Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau nicht mehr die Anerkennung des SED-Staates durch die Bundesregierung, sondern das Fallenlassen "unfriedlicher Absichten gegenüber der DDR" - immerhin ein im Vergleich zu früheren Äußerungen veränderter Ton.

Die bevorstehende Konferenz der Außenminister der Ostblockstaaten dürfte aufschlußreiche Hinweise über die unterschiedliche Bewertung der Bundesrepublik geben und Spannungen innerhalb des Ostblocks erkennbar werden lassen. Der Bundesrepublik kann an Gegensätzen zwischen den Staaten des Warschauer Pakts nicht gelegen sein. Ihre Friedenspolitik ist klar und eindeutig. Ihre mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bukarest aktivierte Ostpolitik richtet sich gegen niemanden, sie will ein gleich gutes Verhältnis zu allen östlichen Nachbarn, frei von Mißtrauen und Furcht und sie zieht in den Gewaltverzicht auch den anderen Teil Deutschlands ein. Weiß dies nicht der polnische Außenminister? Ulbricht allein bleibt es vorbehalten, die Friedenspolitik der Regierung Kiesinger-Brandt mit Schmähreden und Unterstellungen zu überhäufen; ihm kommt die Rolle eines Friedensstörers und Gegners der Entspannung zu.

+ + +

## Rationalisierung in den Rathäusern

### Jagd auf Beamte

Von Klaus Rusticus

Seitdem das Gespenst der Finanznot durch die westdeutschen Rathäuser schleicht, wird von manchen Seiten wieder zur Attacke geblasen: Gewöhnlich sind es immer wieder die gleichen Kräfte, die gegen angeblich aufgeblähte Verwaltungsbükratien zu Felde ziehen. Ihr neuester Schlachtruf: Rationalisierung in den Rathäusern! - Und zur gleichen Zeit damit gekoppelt: Reduzierung des Personals! In manchen Städten wurde daraus eine regelrechte Jagd auf Beamte und sonstige kommunale Bedienstete. Ist das richtig?

### Technischer Fortschritt in der Bürokratie

Der technische Fortschritt hielt in den Rathäusern überwiegend zu einer Zeit Einzug, als Personalnot herrschte. Zum anderen war die Umwandlung manueller Tätigkeiten in mechanische Arbeitsgänge von den angestiegenen Dienstleistungsaufgaben bestimmt, die sich auch in Zukunft ausweiten werden. Zwei Beispiele hierzu.

- \* Nach einer Prognose soll sich die Zahl der Personenkraftwagen
- \* von 9,25 Millionen im Jahre 1965 auf 15 Millionen im Jahre 1975
- \* erhöhen. Die daraus resultierenden Aufgaben für den Straßenbau-
- \* lastenträger sind heute noch nicht überschaubar.
  
- \* Das nach einer weiteren Prognose zu erwartende Müllgewicht pro
- \* Jahr und Einwohner in den westdeutschen Städten, in denen für
- \* Müllabfuhr und -Verwertung gesorgt werden muß, wird von 249 kg
- \* im Jahre 1965 auf ca. 416 kg im Jahre 1975, also um 67 Prozent
- \* steigen. Die daraus erwachsende Problematik wird sich nicht
- \* nur in höheren Personalkosten niederschlagen.

Zur Rationalisierung in Verwaltungskörpern gehören nicht nur elektrische Schreibmaschinen, sondern Datenverarbeitungs- und Reinigungsmaschinen, moderne Materialtransportmittel und vieles mehr.

### Organisation und Verwaltungsvereinfachung

Es steht außer Frage, daß jede Stadtverwaltung ihren Ist-Personalstand so niedrig wie nur möglich halten soll. Wir brauchen weder aufgeblähte Rathäuser noch Ministerielbürokratien, die nicht wissen, wohin sie mit ihrem Personal sollen. Ausnahmen werden hier immer die Regel bestätigen. Aber uneingeschränkt und vielleicht noch dazu Rationalisierungsmaßnahmen hektisch durchzupeitschen, um durch rigoro-

sen Personalabbau ohne Verschulden des Personals und der Kommunen selbst schwindstüchtig gewordene Haushaltspläne auszugleichen, davor ist nur zu warnen.

Organisation und Verwaltungsvereinfachung sind ganz etwas anderes. Sie setzen planerisches Denken aufgrund der Stellenpläne voraus und müssen zum praktischen organisatorischen Handeln in Arbeitseinheiten führen. Funktionsfähig (und zugleich sparsam) wird ein Rathaus sein, das den Angestellten oder Beamten sinnvoll in einer solchen Organisationseinheit anzusetzen versteht.

Die Gemeindeparlamente sollten sich dabei die Erfahrungen nutzbar machen, die die "Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung" in Köln-Marienburg (KGST) gesammelt hat. Mit ihr arbeiten heute bereits über 400 Gemeinden mit mehr als 10 000 E., Landkreise und auch größere Kommunalverbände zusammen. Die KGST hat in langen Jahren Grundsatzempfehlungen und Richtlinien auf breitester Basis im Bundesgebiet erarbeitet. Die Stelle nutzte dabei Erkenntnisse, die in der Verwaltungs- und besonders in der kommunalen Praxis, in Wissenschaftsbereichen und in Wirtschaftsunternehmen gewonnen wurden.

#### Es sind Daueraufgaben...

Organisation und Rationalisierung sind in Verwaltungen in einer Größenordnung von über 100 000 E. Daueraufgaben der jeweiligen Organisationsabteilung. Das bedeutet also, daß die eigentliche Rationalisierungspraxis auf lange Sicht von einem eigens hierfür gebildeten Staff ausgezeichneter Verwaltungsfachleute realisiert werden muß.

Pauschalvergleiche, wie sie z.B. gern vom Bund der Steuerzahler angestellt werden, widersprechen ebenso der Verwaltungspraxis, wie nicht jede Kommune grundsätzlich gleiche Aufgaben und mithin auch nicht die gleiche Organisationsform haben kann.

#### Das stetige Anwachsen der öffentlichen Aufgaben

"Eine gerechte Beurteilung der steigenden Personalkosten der öffentlichen Verwaltungen ist nur möglich, wenn man ihnen das stetige Anwachsen der öffentlichen Aufgaben, besonders der Dienstleistungsaufgaben gegenüberstellt", erklärte ein Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages. - Dem ist noch eins hinzuzufügen: Technischer Fortschritt, Mechanisierung und Rationalisierung werden in der öffentlichen Verwaltungsarbeit zu einem doppelten Fluch, wenn damit nur die Einsparung von Arbeitsplätzen verbunden ist. Denn der Beamte oder Angestellte, der heute hier und dort auf der Abschlußliste stehen könnte, könnte eines Tages wieder bitter nötig gebraucht werden, weil umfangreichere Dienstleistungsaufgaben einer Kommune im Interesse ihrer Bürger erfüllt werden müssen.